

noch unwägbarer Faktor: die Politik des neuen US-Präsidenten Richard Nixon ab 20. Januar. In Paris rechnet man, daß die erste Arbeitssitzung möglicherweise nicht vor März oder April stattfindet.

Richard Nixon freilich wird für seine Politik so wenig Handlungsfreiheit haben wie Lyndon Johnson, sondern im Grunde von Hanoi abhängen: Verfolgt Nordvietnam weiterhin sein Maximalziel, den Norden und Süden des Landes unter seiner Flagge zu vereinigen, kann Amerika seine Streitmacht auf dem asiatischen Festland nicht wesentlich verringern, ohne das Regime in Südvietnam abzuschreiben. Amerika aber muß die vietnamesische Bürde loswerden, will es seine immer drängenderen inneren Probleme lösen.

Seine Militärs schreiben daher bereits — probehalber — ab. In Saigon wie in Washington bereiten sie Planstudien für eine Verringerung der US-Truppen von derzeit 537 500 auf 200 000 Mann oder gar noch weniger vor.

Zielstrebig nutzt die FLN die Wartezeit. In den von ihr beherrschten Gebieten hat sie längst eine wirksame Verwaltung für alle Lebensbereiche — Wirtschaft, Militär, Schule, Gesundheitsdienst und selbst Post — eingerichtet. Jetzt versucht sie intensiver als früher, dieses Netz in den umstrittenen Gebieten — in denen der Vietcong bei Nacht, die Regierung bei Tag herrscht — zu perfektionieren: Sie läßt eigenes Geld prägen, um Saigon zum geeigneten Zeitpunkt auch monetär zu schlagen.

GEMEINSAMER MARKT

MANSHOLT-PLAN

Butter auf die Straße

Vor dem Kongreß-Palast an Brüssels Rue Ravensteyn zogen am Dienstag vergangener Woche mit Schlagstöcken bewaffnete Polizisten auf. Brüssels Polizeichef André de Gryse hatte die Ordnungshüter abkommandiert, um den holländischen Vizepräsidenten und Agrarkommissar der EWG-Kommission Sicco L. Mansholt, 60, vor Übergriffen radikaler Landwirte zu schützen.

Die Vorsicht war geboten: Mansholt meldete vor dem EWG-Ministerrat den Konkurs der gemeinsamen Agrarpolitik an. Die über neun Jahre wahllos ausgestreuten Milliarden-Subventionen für Europas Bauern, so der Kommissar in der Sitzung der EWG-Außen- und Agrarminister, hätten die Misere der europäischen Landwirtschaft nur verschlimmert.

Wenn Landwirtschaftspolitik in Zukunft überhaupt noch einen Sinn haben sollte, müsse die Struktur der europäischen Bauernwirtschaften „radikal verändert“ werden. Lauf Plan des Holländers sollen

▷ bis 1980 die Hälfte der zehn Millionen Bauern in der EWG ihre Höfe verlassen;

▷ innerhalb der nächsten sechs Jahre drei Millionen Milchkühe — heute noch Erwerbsquelle für 500 000 Europa-Bauern — geschlachtet und

▷ bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts fünf Millionen Hektar Acker- und Weideland stillgelegt und in Naturschutzparks oder Wälder verwandelt werden.

Mansholt: „Weder die Regierungen noch die Bevölkerungen können es sich auf die Dauer leisten, ungeheure Summen zu verschwenden, um Überschüsse zu vernichten.“

Genau darauf aber hatte die Agrarpolitik in der EWG bisher abgezielt: Um sich die Wählerstimmen der konservativen Landleute zu sichern, zahlten die EWG-Politiker willig jeden geforderten Subventionsbetrag — 20,7 Milliarden Mark allein seit 1962.

Landwirtschaftskommissar tun, was unter Europas Agrarstrategen bislang streng verpönt war: Er will die Preise senken. So sollen Hausfrauen aller EWG-Länder künftigt für das Halbpfundpäckchen Butter statt zwei Mark nur noch 1,40 Mark zahlen.

Aber auch die meisten anderen Überschussprodukte sollen billiger werden. So will Mansholt die Mindestpreise für

▷ Zuckerrüben von 68 auf 64 Mark,

▷ Ölsaaten von 196,50 auf 191,50 Mark und

▷ Weichweizen, Gerste sowie Roggen um je vier Mark

die Tonne senken.

Um darüber hinaus die Landwirtschaft „aus den Fesseln einer überalterten Struktur“ zu befreien, will Mansholt 2,5 Millionen Bauern zu In-



Agrar-Reformer Mansholt (r.), Gegner Höcherl: Streit um Kühe und Ochsen

Von nur zwei Milliarden Mark sogenannter Preisgarantien, die Klein-europas Landwirte 1960 aus Brüssel einstrichen, schwoll die Subventionslawine bis Ende dieses Jahres auf zehn Milliarden Mark an. Weitere 4,4 Milliarden Mark legte 1968 allein der Bund den deutschen Bauern in Krippen und Kassen.

Entsprechend schossen Weizen, Zuckerrüben, Raps und Tomaten aus Europas Erde. Trotz sogenannter Erstattungen (Ausfuhrprämien) für den Export überschüssiger Nahrungsmittel und Ausgleichszahlungen für die Butter-, Obst- und Gemüsevernichtung lagern derzeit 1,2 Millionen Tonnen Zucker und sechs Millionen Tonnen Getreide unverkauft auf Halde. Mit 300 000 Tonnen eingefrorener Butter sind die Kühlhäuser der Gemeinschaftsländer nahezu überfüllt. „Wenn wir jetzt nichts tun“, so Mansholt vor dem Ministerrat, „fließt uns spätestens 1970 die Butter auf die Straße.“

Um den Butterstrom auf die Tische der Verbraucher umzuleiten, will der

dustriearbeitern umschulen lassen. Weitere 2,5 Millionen Landwirte sollen mit Staatspensionen bis zu 4000 Mark pro Kopf und Jahr aufs Altenteil.

Bauernhöfe mit zwei bis drei Milchkühen, die heute in weiten Teilen der EWG noch die Regel sind, sollen in Zukunft keine Überlebenschance mehr haben. Spätestens bis 1975 will Mansholt sämtliche Zuschüsse für Höfe, die weniger als 40 bis 60 Milchtiere halten, streichen. Wer Schlachtvieh mästet, soll nur noch dann mit staatlicher Unterstützung rechnen dürfen, wenn er 200 bis 250 Kühe oder Ochsen im Stall nachweisen kann.

Ziel des Mansholt-Plans: Statt winziger Zwergbauernhöfe (durchschnittliche Größe in der EWG heute: elf Hektar) soll es im Europa der achtziger Jahre nur noch landwirtschaftliche Großbetriebe mit 80 bis 100 Hektar geben. Auf diese Weise hofft der Agrarkommissar, am Ende sogar sämtliche Subventionen für die Landwirtschaft sparen zu können. Mansholt: „Der rationell geführte Großbe-



Einen guten Magen spürt man nicht!

Millionen Menschen aber haben einen empfindlichen Magen. Nervöse Beschwerden, Völlegefühl und Sodbrennen machen ihnen zu schaffen. Ihnen schlägt alles auf den Magen. Ob sie sich aufregen, ob sie zu viel rauchen, trinken oder essen — der Magen reagiert überempfindlich.

Wenn es Ihnen ebenso geht, wissen Sie selbst am besten, wann Ihr Magen Neutrilac braucht.

Neutrilac besteht aus hochwirksamen Mineralien und natürlichen Wirkstoffen der Milch. Diese ideale Zusammensetzung reguliert den Säurehaushalt des Magens und schützt die gefährdete Magenschleimhaut.

Am besten — Sie haben Neutrilac immer dabei. Lutschen Sie die wohlschmeckende Tablette entweder vorbeugend oder sofort bei Beschwerden. Das tut Ihrem Magen gut.

Neutrilac®

bringt Ihren Magen wieder ins Gleichgewicht

Nur in Apotheken erhältlich.

trieb der Zukunft braucht keine Zuschüsse mehr.“

Freilich sind die Chancen, Mansholts vernünftigen Plan zu verwirklichen, sehr gering. Nachdem der Holländer am Dienstag sein Antisubventions- und Schrumpfprogramm in Brüssel vorgelegt hatte, begannen die Minister, das 27 Seiten lange Papier zu zerreden.

In Westdeutschland, wo das Mansholt-Programm zuerst in die Mühlen eines Wahlkampfes geraten wird, war der Protest am lautesten. Landwirtschaftsminister Hermann Höcherl bremste: Auf keinen Fall dürfe den deutschen Bauern „Schaden zugefügt“ werden. Der Landwirt und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Detlef Struve, der mit seinem fast 80 Hektar großen Bauernhof bei Rendsburg bereits heute für die Zukunft vorgesorgt hat, meinte sogar: Die Agrarvorschläge sind „wirtschaftlich nicht begründet und politisch nicht realisierbar“.

In der Godesberger Zentrale des Deutschen Bauernverbandes schließlich forderte Edmund Rehwinkels Stellvertreter Bernhard Bauknecht den Rücktritt Mansholts. Und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Richard Stücklen, sekundierte: „Nicht fünf Millionen Bauern sind zuviel, sondern ein Vizepräsident in Brüssel.“

GROSSBRITANNIEN

SPEKULATION

Geruch von Weimar

Ein „Präriefeuer von Gerüchten“ (so die Londoner „Times“) züngelte durch Europa: Harold Wilson sei am Ende; er feile bereits an seiner Rücktrittsansprache.

Das stimmte nicht. Aber weil die Gerüchte ihren Ursprung in der Lon-

doner City hatten — dem Zentrum der Börsenmakler, Bankiers, Großhändler, Versicherungen und Reedereien —, schlossen Devisenspekulanten in aller Welt auf eine neue Pfundkrise.

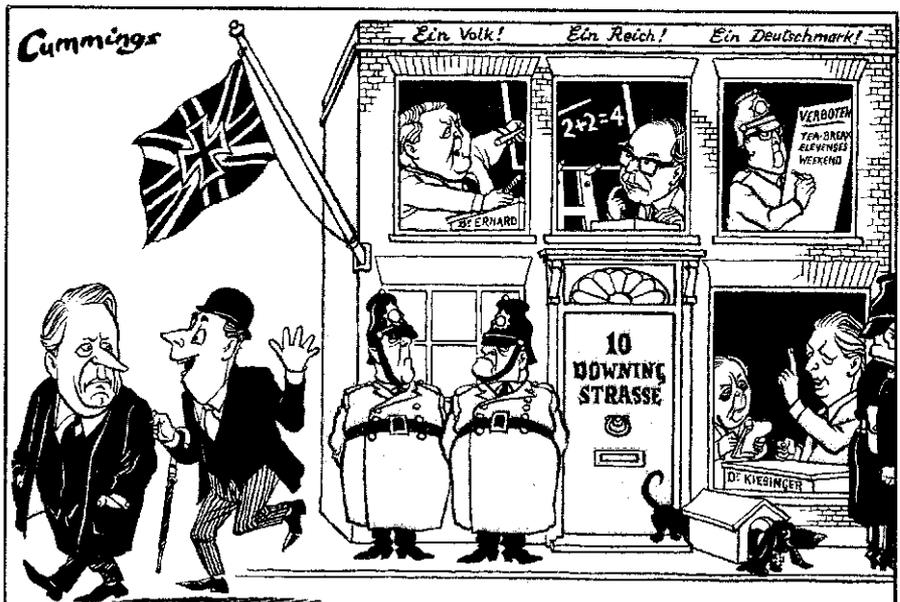
Das latent schwindsüchtige Pfund Sterling rutschte erneut ab und die Bank von England mußte es mit Millionen von US-Dollar stützen. „Diese Gerüchte haben England in einem Tag mehr Schaden zugefügt“, resümierte ein ungenannter Labour-Minister im „Sunday Telegraph“, „als wilde Streiks in einem Monat.“

Grund der Gerüchte waren Spannungen zwischen dem rechten Labour-Finanzminister Roy Jenkins und der Labour-Linken Barbara Castle, Ministerin für Beschäftigung und Produktivität. Jenkins hatte am 22. November Benzin, Zigaretten, Bier und andere Waren mit einer Zusatzsteuer belastet. Seine Rechnung: Höhere Lebenshaltungskosten würden die Briten zwingen, weniger Konsumgüter zu kaufen und damit die Importe — Hauptquelle britischer Zahlungsbilanz-Defizite — verringern.

Barbara Castle hingegen war für scharfe Preiskontrollen, um den Gewerkschaften keinen Vorwand zu geben, ihrerseits überhöhte Löhne zu fordern und damit die Exporte zu verteuern. Gegen Premier Wilson, wie Gerüchte meinten, aber hatte sich das ungleiche Paar nicht verbündet — schon eher gegen die Manöver der City.

Londons Finanzzentrum ist Englands Kapitalisten-Symbol — und ein Ärgernis für die Arbeiter-Partei. Die Finanz-Manager „scheuen vor nichts zurück, um die Labour-Regierung zugrunde zu richten“, schimpfte Labour-Ideenmann Richard Crossmann in der BBC.

Das war nicht immer so. 1964 — vor Wilsons Machtantritt — war die City,



Daily Express

„Letztes Gerücht! Wilson hat das Angebot der Deutschen, unser Land zu übernehmen. SIE werden jetzt das Wirtschaftswunder für uns vollbringen!“